

Klimaaktivismus der Letzten Generation – Angriff auf Demokratie und Rechtsstaat?

HI der UE: Die SuS erwerben die Fähigkeit den Klimaaktivismus der Letzten Generation hinsichtlich seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Qualität differenziert und reflektiert zu beurteilen.

Nr.	Thema und Hauptintention	Inhaltlicher Schwerpunkt
1	Klimaproteste der letzten Generation – ziviler Ungehorsam für den Klimaschutz? <i>Die SuS erwerben die Fähigkeit das Vorgehen der Letzten Generation im Spannungsfeld von direktem und indirektem zivilem Ungehorsam und entlang der Kriterien (Verstoß gegen das Gesetz, Gewaltfreiheit, Öffentlichkeit) für diesen zu beurteilen.</i>	Die letzte Generation (Mittel, Zielsetzung, Organisation), Kennzeichen von zivilem Ungehorsam
2	Die Letzte Generation – gewaltfreie Klimaschützer oder kriminelle Straftäter? <i>Die SuS können die Aktionen der Letzten Generation im Spannungsfeld von Gewaltfreiheit und Legalität/Rechtmäßigkeit differenziert beurteilen und dabei das eigene Verständnis von Gewalt (gegen Personen/Sachgegenständen und physisch/psychisch) reflektieren.</i>	Sitzblockaden, Aktionen in Museen und z.B. bei BMW, Gewaltbegriff des StGB, Bezug GG
3	Stören, auffallen, mehr Bambule – Mobilisierung der Gesellschaft oder selbstzerstörend? <i>Die SuS erwerben die Fähigkeit die Klimaproteste der Letzten Generation hinsichtlich ihrer Effektivität (Mobilisierung, Aufmerksamkeit, Akzeptanz, Ziele vs. Strategien) differenziert beurteilen zu können.</i>	Akzeptanz von Mitteln und Zielen in der Gesellschaft, Medienwirksamkeit, Mobilisierung der Gesellschaft
4	Die Klimakleber – Gefahr für unsere Freiheit? <i>Die SuS erwerben die Fähigkeit zu den Straßenblockaden der Letzten Generation im Spannungsfeld von individueller Meinungs- und Versammlungsfreiheit und kollektiver Sicherheit differenziert und reflektiert (positiver und negativer Freiheitsbegriff) Stellung zu nehmen.</i>	Grundrechte im Konflikt
5	Ziviler Ungehorsam – Demokratisierung oder auf dem Weg in die Ökodiktatur? <i>Die SuS können den Mehrwert zivilen Ungehorsams für die Demokratie differenziert (direkte Partizipation/ Bürger vs. indirekte Partizipation/politische Institutionen, Effizienz, Mehrheitswille vs. Partikularinteresse) beurteilen und dabei das eigene Demokratieverständnis verdeutlichen.</i>	Demokratisierung durch zivilen Ungehorsam,
6	Präventivgewahrsam für Klimaaktivisten – (un)verhältnismäßige Reaktion des Freistaats? <i>Die SuS können zum Präventivgewahrsam in Bayern für Klimaaktivisten hinsichtlich seiner Verhältnismäßigkeit/Legitimität (vgl. Vorstunden) differenziert Stellung nehmen und dabei das eigene Verständnis von zivilem Ungehorsam (legitim/illegitim) und das eigene Rechtsstaatsverständnis reflektieren.</i>	Präventivgewahrsam Bayern, Vorgehen des Staates (ggf. auch andere Sanktionen, wie z.B. Auflösung der Proteste möglich), Rückgriff auf UE



Einstieg I

»Das sind keine Klimaaktivisten, das sind kriminelle Straftäter.«

Friedrich Merz , CDU-Vorsitzender

Auf dem Parteitag der Berliner CDU zur Störaktion der Klima-Protestgruppe
»Letzte Generation« auf dem Hauptstadtflughafen BER/2022

**»Ich habe auch nicht verstanden, was es dem Klima nutzt,
wenn man Kunstwerke beschmiert. Insofern sollten sich die
Beteiligten andere Aktivitäten überlegen als solche,
die von fast niemandem in Deutschland akzeptiert werden.«**

Olaf Scholz, Bundeskanzler (SPD)

Beim Landesparteitag der SPD Brandenburg in Cottbus/2022

**»Wir [...] leisten entschlossen gewaltfreien Widerstand
gegen den fossilen Wahnsinn unserer Gegenwart.
Wir sind der Überlebenswille der Gesellschaft!«**

<https://letztegeneration.de/>





Text 1

So wird niemand gerettet

Wollen Klimaaktivisten wirklich etwas erreichen, müssen sie anders protestieren. Durchs Festkleben mobilisieren sie nur gegen sich selbst.

Klimaproteste haben ein Ziel: die Gesellschaft darauf aufmerksam machen, wie ungemütlich es werden kann, indem sie es jetzt schon ein klein bisschen ungemütlicher machen. [...] Sie wollen Mehrheiten für eine ambitionierte Klimapolitik organisieren. [...] Aber nur weil das Anliegen dringlich ist, sind die gewählten Mittel nicht immer klug. Im Falle der Autobahnblockaden in Berlin sind sie sogar egoistisch, ja: falsch.

5

Es ist ein schrecklicher Unfall, der sich [...] in Berlin ereignete: Eine Radfahrerin klemmt unter einem Betonmischer fest. Sie ist lebensgefährlich verletzt. Ein spezielles Rettungsfahrzeug verspätet sich – nach Angaben der Feuerwehr, weil Klimaaktivisten sich zuvor auf der Berliner Stadtautobahn [...] festgeklebt und so einen Stau ausgelöst hatten. Die Aktivisten müssen sich des Risikos bewusst sein, das sie mit ihren Aktionen eingehen.

10

Auch wenn sie für Notfälle Rettungswege in ihren Straßenblockaden lassen, nehmen sie lebensgefährliche Situationen in Kauf. [...]

Für wen kämpfen die Aktivisten? Eigentlich für alle. Sie möchten die Menschheit vor ihrem eigenen Ende bewahren. Aber dafür müssen sie auch den bislang ignoranten Teil der Gesellschaft auf ihre Seite ziehen.

15

Videos und Kommentare im Netz zeigen, dass sie mit Aktionen wie denen auf der Stadtautobahn das Gegenteil erreichen: aufgebrachte Menschen, die Aktivisten wegzerren; die wütend sind, weil sie nicht ins Krankenhaus kommen, nicht zur Arbeit oder das Kind nicht rechtzeitig abholen können. Statt zu überzeugen, werden die Aktivisten zum Feindbild [...].

20

Mit ihren Aktionen überzeugen die Aktivisten niemanden, der nicht ohnehin schon vom Kampf gegen den Klimawandel überzeugt ist. [...] Sie führen auch nicht zur Einsicht, dass nicht individuelles Konsumverhalten die Lösung sein wird, sondern nur im großen politischen Rahmen die Wende eingeleitet werden kann. Der Protest trifft einzelne Menschen, nicht das System. Spätestens, wenn eine Klebeaktion für Tote sorgt, wird es mit der letzten Sympathie gegenüber den Aktivisten vorbei sein. Schon jetzt schaffen sie durch ihre Aktionen

25

nur unnötige Debatten, statt dass übers Klima geredet wird. Sie selbst lenken von ihrem wichtigsten Thema ab. Es ist paradox.

Das Beinahe-Unglück in Berlin sollte den Aktivisten eine Warnung sein: Idealisten müssen sich manchmal fragen, ob ihre Mittel die richtigen sind. Mehr Rationalität und weniger Emotion sind gefragt. Schließlich geht es doch um das große Ganze. Oder sollte es zumindest. Sonst ist dieser Aktivismus nur eine selbstgefällige Provokation.

30

Auszüge aus: Yasmine M'Barek, 1.11.2022, www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-11/klimaaktivismus-festkleben-letzte-generation-verkehrsunfall-klimakrise



Text 2

»Ziviler Ungehorsam will und muss anecken«

Der heutige Klimaprotest sei extremistisch? Keineswegs, sagt Historiker Alexander Sedlmaier. Politiker sollten vorsichtig sein, zivilen Ungehorsam mit Gewalt oder gar Extremismus gleichzusetzen.

- [...] Formen zivilen Ungehorsams gehören zum Repertoire der meisten Protestbewegungen. Denn anders als bei Massendemonstrationen [...] sind manche Aktivisten auch im Denken radikaler: Sie stellen etwa die Idee vom Wirtschaftswachstum oder den Kapitalismus an sich infrage, statt nur kleine Reformen anzumahnen. Gandhi sprach [...] auch von zivilem Widerstand als Steigerung des zivilen Ungehorsams, weil das Ziel war, ein System zu überwinden. [...] Erst im Rückblick kann man erkennen, wie etwa die Positionen der Protestierenden in den Sechziger- und Siebzigerjahren zum Umweltschutz oder zu Frauenrechten allmählich im Mainstream ankamen. [...] Am *Civil Rights Movement* in den USA sehen wir allerdings, dass gerade die Proteste des zivilen Ungehorsams erfolgreich waren [...].
- 10 Vergleicht man Aktionen der »Letzten Generation« oder von »Extinction Rebellion« etwa mit den Kaufhausbrandanschlägen in Frankfurt 1968, unter Beteiligung zukünftiger Mitglieder der RAF, oder gar mit den Aktionen von Rechtsextremisten, sind sie eher besonnen. Sie distanzieren sich explizit von Gewalt und rufen nicht zur groß angelegten Revolte auf. [...]
- 15 Ziviler Ungehorsam ist eine Minderheitenangelegenheit, die anecken will und muss. Die Mehrheit gegen sich aufzubringen wird in Kauf genommen, um die Gewalt auf der anderen Seite sichtbar zu machen. In diesem Fall: Ihr empört euch über einen Stau, aber nicht über den Untergang der Menschheit. [...] Vielleicht wird der zivile Ungehorsam von heute in 100 Jahren mit Gedenktafeln geehrt.
- 20 [...] Über Jahrzehnte wurden [...] Sitzblockaden mithilfe eines weit gefassten Gewaltbegriffs kriminalisiert, etwa gegen die Friedensbewegung der Siebziger- und Achtzigerjahre. Heute ist das so leicht nicht mehr möglich. [...] Ob ein Protest einen Straftatbestand erfüllt, haben Gerichte zu würdigen. Bei der Strafzumessung sind Beweggründe, Ziele und Gesinnung zu berücksichtigen. Aus Sicht der politischen Theorie geht es um den Zwiespalt zwischen Legalität und Legitimität: Vielleicht ist die Handlung nicht gesetzeskonform, aber trotzdem legitim, weil sie durch moralische Prinzipien gerechtfertigt ist. Politiker sollten deshalb vorsichtig sein, zivilen Ungehorsam schnell mit Gewalt oder gar Extremismus gleichzusetzen. Wenn gerade behauptet wird, eine grüne RAF stünde vor der Tür, halte ich das für wenig wahrscheinlich, sondern eher für einen Versuch der Diskreditierung der Klimaschutzbewegung. [...]

Auszüge aus Interview: Parvin Sadigh, ZEIT ONLINE, 5.11.2022,
www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2022-11/klimaaktivismus-letzte-generation-historiker-alexander-sedlmaier



Internetseiten zum Thema:

Wie weit darf Klimaprotest gehen?

ZEIT ONLINE: Letzte Generation – ziviler Ungehorsam im Klimaaktivismus (Linksammlung zum Thema)

www.zeit.de/thema/letzte-generation

Juraforum: Ziviler Ungehorsam – einfach erklärt aus politikwissenschaftlicher und juristischer Sicht

www.juraforum.de/lexikon/ziviler-ungehorsam

Bundeszentrale für politische Bildung: System Change, Not Climate Change? Ziviler Ungehorsam im Zeichen der Klimakatastrophe

www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/oekologie-und-demokratie/508498/system-change-not-climate-change/

Extinction Rebellion: 15 Beispiele für zivilen Ungehorsam (die etwas bewirkt haben)

<https://rebellion.global/de/blog/2020/11/03/civil-disobedience-examples/>

Liberties: Was ist ziviler Ungehorsam: Definition, Beispiele

www.liberties.eu/de/stories/was-ist-ziviler-ungehorsam-definition-beispiele/44569#

Digital Ethics Lab: Ziviler Ungehorsam. Was ist das? Und darf man das?

www.youtube.com/watch?v=H8XwCQcn3cA

§240 StGB

Achtzehnter Abschnitt (Straftaten gegen die persönliche Freiheit)

(1) Wer einen Menschen rechtswidrig mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nötigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Rechtswidrig ist die Tat, wenn die Anwendung der Gewalt oder die Androhung des Übels zu dem angestrebten Zweck als verwerflich anzusehen ist.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland Art 20a

Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung.

Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Art 8

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
- (2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

M3 Sitzblockade als Nötigung? (www.juraforum.de/lexikon)

In der Rechtsprechung wurde die Teilnahme an einer Sitzblockade früher als Nötigung im Sinne des § 240 Strafgesetzbuch (**StGB**) gewertet, dessen Tatbestand die rechtswidrige Anwendung von Gewalt (oder **Drohung** mit einem empfindlichen Übel) voraussetzt mit dem Ziel, eine andere Person zu einer bestimmten Handlung, **Duldung** oder Unterlassung zu nötigen. Die alte Rechtsprechung ging davon aus, dass das Tatbestandsmerkmal der „Gewalt“ nicht nur durch physischen Zwang, sondern auch durch psychischen Zwang erfüllt sei. So sei etwa der Fahrer eines blockierten Fahrzeugs einem psychischen Zwang ausgesetzt, da er in aller Regel nicht gewillt sei, die Blockierer zu überfahren und dadurch zu verletzen oder gar zu töten. Nach dieser Sichtweise machten sich die Blockierer daher bereits durch ihre bloße Anwesenheit wegen Nötigung strafbar.

Diese **Auslegung** des Gewaltbegriffs erklärte für verfassungswidrig.

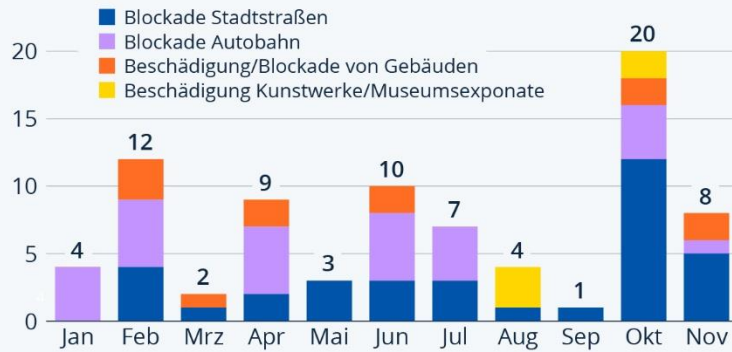
das Bundesverfassungsgericht 1995

Daraufhin entwickelte der BGH seine sogenannte „Zweite-Reihe-Rechtsprechung“, nach der die Teilnehmer einer Sitzblockade „Gewalt“ im Sinne des § 240 Absatz 1 StGB anwenden, sobald hinter dem ersten Fahrzeug (auf dessen Fahrer in ständiger Rechtsprechung ja nur psychischer Zwang ausgeübt wird) mindestens ein weiteres Auto an der Weiterfahrt gehindert würde. Nach dieser Sichtweise bilden die Fahrzeuge in der ersten Reihe eine physische Barriere für die Fahrzeuge ab der zweiten Reihe, die aufgrund ihres physischen Zwangs den Gewaltbegriff des § 240 StGB erfüllen (vgl. BGH, Urteil vom 20. Juli 1995 – Az.: 1 StR 126/95).

Das Bundesverfassungsgericht hat die „Zweite-Reihe-Rechtsprechung“ ausdrücklich als verfassungsmäßig anerkannt (vgl. BVerfG, Beschluss vom 7. März 2011 – Az.: 1 BvR 388/05). Darüber hinaus liegt nach dem Bundesverfassungsgericht auch grundsätzlich eine Nötigung unter Anwendung von „Gewalt“ vor, wenn die Teilnehmer einer Sitzblockade Maßnahmen ergreifen, die über ihre reine Anwesenheit hinausgehen, zum Beispiel durch Anketten, Einhaken oder aktiven Widerstand gegen ein Wegtragen. Dies gilt insbesondere, wenn sie physische Barrieren errichten (vgl. BVerfG, Beschluss vom 24. Oktober 2001 – Az.: 1 BvR 1190/90).

Die Aktionen der „Letzten Generation“

Anzahl der Aktionen der „Letzten Generation“ in ausgewählten Kategorien in Deutschland 2022*



Stand: 16.11.2022

* nicht berücksichtigt wurden Störungen von Flughäfen, Fußballspielen, Uni-Vorlesungen und das Abdrehen von Rohöl-Pipelines

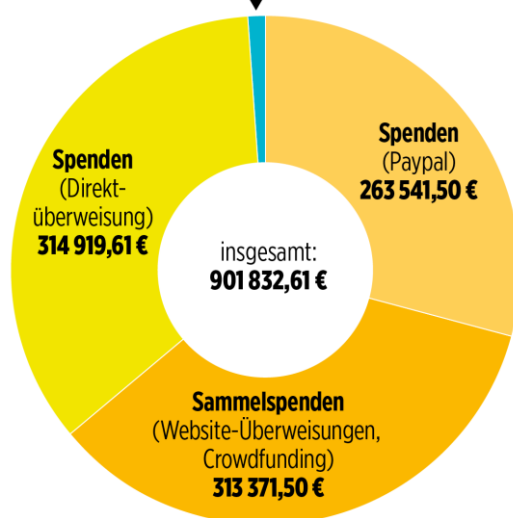
Quelle: Statista-Recherche



statista

So finanzieren sich die Klimakleber

Darlehen (Fremdkapital): 10 000 €



info.BILD.de | Quelle: „Transparenzbericht“ der Letzten Generation | Zahlen aus 2022

In der Geschichte der Menschheit hat es immer wieder zivilen Ungehorsam gegeben, um Missstände in der Gesellschaft anzuklagen. Verstoßen Menschen öffentlich und gewaltfrei gegen Gesetze, um ein gewichtiges Anliegen durchzusetzen, prallen Recht und Moral, Legalität und Legitimität aufeinander. Die Letzte Generation ist das jüngste und ein besonders kontroverses Beispiel für zivilen Ungehorsam. Der Staat verfolgt die Aktivist*innen mit zunehmendem Druck. Was sind die Voraussetzungen legitimen Ungehorsams und wie geht der Staat angemessen mit ihm um?

Was ist ziviler Ungehorsam und wann ist er legitim?

John Rawls, einer der einflussreichsten Philosophen des 20. Jahrhunderts, definiert in seinem wichtigsten Werk *Eine Theorie der Gerechtigkeit* zivilen Ungehorsam als „öffentliche, gewaltfreie, gewissenhafte und zugleich politische Handlung, die gegen das Gesetz verstößt und in der Regel mit dem Ziel erfolgt, eine Änderung des Gesetzes oder der Politik der Regierung herbeizuführen“ (Rawls 1971, 401). Entscheidend ist die Öffentlichkeit, also dass sich die Handelnden zu erkennen geben und die Konsequenzen ihrer Handlung akzeptieren. Der bedeutendste deutsche Philosoph der Nachkriegszeit, Jürgen Habermas, definiert zivilen Ungehorsam ganz ähnlich (Habermas 1983, 35). Dieses gemeinsame Verständnis wird dem vorliegenden Beitrag zugrunde gelegt.

Ziviler Ungehorsam hat verschiedene Ausprägungen. Er kann darin bestehen, eben jene Regel zu verletzen, die er beseitigen möchte. Mittel und Zweck fallen dann zusammen. Als sich Rosa Parks im Jahr 1955 auf einen Platz im Bus setzte, der nach den damals herrschenden Regeln für Weiße reserviert war, tat sie genau das, was sie einforderte. Ebenso wie Mahatma Gandhi, der ein Vierteljahrhundert zuvor mit 78 Anhänger*innen 385 Kilometer bis nach Dandi am Arabischen Meer lief, um Salz zu sammeln. Mit seinem Marsch protestierte er gegen die hohen Steuern auf Salz und gegen das Salzgesetz der britischen Kolonialherren, das es Menschen in Indien verbot, selbst Salz zu gewinnen. Die Frauen in Iran wiederum

protestieren seit Jahren, insbesondere aber seit 2022 gegen die Pflicht, ein Kopftuch zu tragen, indem sie in der Öffentlichkeit ihr Haar zeigen. Die Legitimität dieser Regelbrüche ergibt sich unmittelbar aus der Illegitimität der Regel selbst. Die Bewertung der Handlung fällt leicht, wenn die Bewertung der angeklagten Regel leichtfällt.

In der zweiten Variante des zivilen Ungehorsams besteht kein direkter Zusammenhang zwischen Mittel und Zweck. Eine für sich genommen legitime Regel wird gebrochen, um eine damit nicht zusammenhängende Ungerechtigkeit anzuklagen. Der Boxer Muhammad Ali weigerte sich 1966, vom Militär eingezogen zu werden, und protestierte so gegen den Vietnamkrieg der USA. Als Greta Thunberg 2018 mit ihren Protesten vor dem Parlament in Stockholm begann, verletzte sie die Schulpflicht, es ging ihr aber um etwas ganz anderes: das Klima. Und auch die Protestformen der Letzten Generation – Straßenblockaden, Beschmieren von Ausstellungsstücken und Gebäuden – zielen unmittelbar nur auf das höhere Ziel, die Erderwärmung zu stoppen.

„Das Recht ist [...] der Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des andern nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann.“

Immanuel Kant,
Philosoph

Die Bewertung der Handlung ist in diesen Fällen schwieriger: Ist der Verstoß gegen Gesetze legitim, die in keinem inneren Zusammenhang zu dem Anliegen stehen?

Es genügt zur Legitimität des Protests nicht, dass er die Definition des zivilen Ungehorsams erfüllt. Wer zum Beispiel inmitten einer Pandemie in öffentlichen Verkehrsmitteln gegen die Maskenpflicht verstößt, weil er die Corona-Pandemie für Humbug hält, handelt zwar öffentlich, gewaltfrei und beruft sich auf sein Gewissen; die Handlung ist aber trotzdem nicht legitim. Entscheidend ist dafür nämlich nicht die persönliche Moral, so Rawls, sondern dass die gemeinsame Gerechtigkeitsvorstellung verletzt ist. Habermas spricht vom verallgemeinerungsfähigen Interesse und nennt in diesem Zusammenhang die universellen Menschenrechte.

Rawls stellt drei weitere Kriterien auf, die vorliegen müssen, damit ziviler Ungehorsam legitim ist: Der angeklagte Missstand muss seit langem bestehen und offensichtlich ungerecht sein. Der zivile Ungehorsam dagegen muss das letzte Mittel sein. Und er muss koordiniert und organisiert sein, also – in meinen Worten – eine Chance auf Erfolg haben.

Die Dauer eines Missstands und seine offensichtliche Ungerechtigkeit sind jedoch keine überzeugenden Kriterien für die Legitimität zivilen Ungehorsams. Ein Missstand kann sehr kurzfristig eintreten und trotzdem große Wucht entfalten – man denke an die radikalen Quarantänenvorschriften in chinesischen Millionenstädten während der COVID-19-Pandemie –, ohne dass ebenso kurzfristige Abhilfe auf politischem Wege aussichtsreich erscheint. Ungehorsam dagegen kann legitim sein.

Außerdem lässt sich lange darüber streiten, ob eine Ungerechtigkeit offensichtlich ist. Es scheint überzeugender, statt auf die Offensichtlichkeit auf die Schwere der Ungerechtigkeit abzustellen. Das Steuerprivileg für Hotels zum Beispiel mag aus Sicht von Unternehmer*innen in verwandten Branchen

ungerecht sein. Die öffentliche Weigerung, höhere Steuern zu zahlen, würde aber wohl kaum jemand als legitimen Ungehorsam einstufen.

Rawls' zweites Kriterium klingt ebenfalls strenger, als es sein sollte. Vom „letzten Mittel“ spricht man in der Regel in akuten Gefahrensituationen, in denen man zum Beispiel zur Selbstverteidigung nur noch tödliche Gewalt anwenden kann. Befänden sich die Ungehorsamen aber in einer Notwehrsituation oder

.....

*Im Vorhinein wirkt nahezu
jeder zivile Ungehorsam
aussichtslos*

.....

– in der Regel treffender – in einer Notstandslage, wären ihre Handlungen meist gerechtfertigt, also legal. Der „zivile Ungehorsam“ wäre dann schlicht eine erlaubte Verteidigungshandlung und bedürfte weder eines eigenen Begriffes noch einer außerrechtlichen Begründung seiner Legitimität.

Der Ungehorsam muss also nicht in einem strengen Sinne letztes Mittel sein. Gesellschaftliche Missstände bedürfen oft prozedural und technisch komplexer Lösungen. Der Einwand, es doch zunächst oder weiterhin im politischen Prozess zu versuchen, wird da so gut wie immer plausibel klingen. Für die Legitimität zivilen Ungehorsams genügt es deshalb, dass der Erfolg legaler Alternativen unwahrscheinlich ist.

Rawls' drittes Kriterium – der Organisationsgrad des Ungehorsams – berücksichtigt, dass chancenloser Protest sinnlos und damit illegitim wirkt. Wer schon für sich in Anspruch nimmt, aus Protest gegen Gesetze zu verstoßen, sollte eine Vorstellung von seinem Weg zum Ziel haben, eine Theory of Change. Allerdings lässt sich der angestrebte Erfolg nicht immer gut definieren, geschweige denn messen, sodass Prognosen über die Erfolgsaussichten zivilen Ungehorsams fehlerträchtig sind. Diese Unsicherheit muss zugunsten des zivilen Ungehorsams gehen. Denn im Vorhinein wirkt nahezu jeder zivile Ungehorsam aussichtslos, ob Rosa Parks Weigerung, den Sitzplatz in Bus Nr. 2857 nicht freizugeben, oder Greta Thunbergs einsamer Protest vor dem Schwedischen Reichstag. Das bedeutet, dass allenfalls eine offenkundige Aussichtslosigkeit die Legitimität zivilen Ungehorsams schmälern kann.

Legitim ist ziviler Ungehorsam also, wenn er ein verallgemeinerungsfähiges Interesse von erheblichem

„Die Rechte der Natur stehen im Widerspruch zu unbegrenztem Wirtschaftswachstum, Konsumismus, ungebremster Globalisierung oder dem Laissez-faire-Kapitalismus.“

David R. Boyd,
UN-Sonderberichterstatter

Gewicht verfolgt, wenn legale Alternativen wahrscheinlich erfolglos blieben und das Ziel des Protests nicht aussichtslos erscheint.

Wie kann der Staat auf zivilen Ungehorsam reagieren?

Es liegt in der Natur des zivilen Ungehorsams und entspricht auch dem Kalkül der Ungehorsamen, dass der Staat auf den Protest reagiert. In einer Demokratie sind verschiedene Reaktionen denkbar: Der Staat kann den Protest dulden, wozu er sich ebenso aktiv entscheiden müsste wie für die Alternativen. Er könnte den Protest unterbinden oder beenden, ihn bestrafen oder eine Mischung aus allem Vorgenannten einsetzen. Und er könnte ihm nachgeben und das Protestziel ganz oder teilweise erfüllen.

Anders als der zivile Ungehorsam selbst sind alle genannten Reaktionen zwar legal, aber nicht jede (legale) Reaktion des Staates ist legitim. Nähern wir uns dem Problem über ein extremes Beispiel. Die Reaktionen auf die Forderung der afroamerikanischen Bevölkerung, die Rassentrennung aufzuheben, waren nach damaligem US-Recht legal: die gewaltsame Auflösung von Demonstrationen, Festnahmen, Strafen. Legitim waren sie nicht, weil die hierdurch aufrechterhaltene Rassentrennung höchst unmoralisch war.

Bei legitimem direktem zivilem Ungehorsam (Rosa Parks, Mahatma Ghandi) ist Nachgeben die einzig legitime Reaktion, und durch das Nachgeben wird zugleich der zivile Ungehorsam legalisiert. Bei indirektem Ungehorsam ist die Legalisierung des Protests gar nicht das Ziel: Es ging Muhammad Ali nicht um die Wehrpflicht als solche und Greta Thunberg nicht um die Schulpflicht, sondern es ging ihm um einen illegitimen Krieg bzw. ihr um unzureichenden Klimaschutz. In solchen Fällen kann nicht nur der Protest legitim sein, sondern auch seine Unterbindung und Bestrafung durch den Staat.

Entscheidend ist aber, dass dieser bei seiner Reaktion die Legitimität des Protests berücksichtigt. Denn behandelte er (legitimen) zivilen Ungehorsam wie jedes andere gesetzeswidrige Verhalten, würde das dem moralischen Wert des Ungehorsams nicht gerecht. Der Staat muss die Spielräume nutzen, die das Recht ihm bietet, sowohl bei der Wahl der Mittel als auch bei ihrer Anwendung. Sonst sind seine Reaktionen nicht legitim.

Solche Spielräume bietet unser Recht zuhauf: Ob die Polizei präventiv gegen einen Protest vorgeht und mit welchen konkreten Mitteln, liegt in aller Regel in ihrem Ermessen. Sie kann versuchen, Protest vor Ort zu verhindern, kann aber auch im Vorfeld



©picture alliance / ZUMAPRESS.com

Denkbar sind viele Reaktionen: von freundlichen Aufforderungen über Wegtragen bis zum gezielten Zufügen von Schmerzen.

Aktivist*innen zu Hause aufsuchen, Platzverbote erteilen oder sie unter bestimmten Voraussetzungen in Gewahrsam nehmen (dies je nach Bundesland unterschiedlich lang). Dasselbe gilt für die Beendigung laufender Proteste, ganz besonders dafür, mit welchen Zwangsmitteln die Auflösung einer Versammlung durchgesetzt wird. Denkbar ist viel, von freundlichen Aufforderungen über Wegtragen bis hin zum gezielten Zufügen von Schmerzen durch spezielle Griffe.

Stehen Straftaten im Raum – wie etwa die Nötigung der blockierten Verkehrsteilnehmer –, ist die Staatsanwaltschaft zwar in der Regel verpflichtet, sie zu verfolgen. Doch sie kann bei Geringfügigkeit der Tat mit Zustimmung des Gerichts von der Verfolgung absehen oder – bei etwas schwerer wiegenden Taten – mit Zustimmung des Gerichts und der Beschuldigten gegen Auflagen und Weisungen vorläufig von der Anklageerhebung absehen. Wenn die Staatsanwaltschaft Anklage erhebt, kann das Strafgericht Spielräume bei der Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe nutzen, die die Strafbarkeit begründen, wenn diese Begriffe Anknüpfungspunkte für die Berücksichtigung des Motivs der Angeklagten bieten. Insbesondere aber auch bei der Strafzumessung kann



© picture alliance / PIC ONE

Sind die staatlichen Reaktionen ihrerseits legitim?

das Gericht berücksichtigen, dass die Angeklagten legitimen zivilen Ungehorsam geübt haben, kann also geringe Geldstrafen verhängen statt hohe Geld- oder gar Freiheitsstrafen.

Die Schwierigkeit besteht allerdings darin, dass unser Staat kaum Mechanismen für einen einheitlichen Umgang mit einer bestimmten Form zivilen Ungehorsams kennt. Im Gegenteil, manches wirkt sogar zugunsten einer Zersplitterung: der Föderalismus, in dem Polizei und Staatsanwaltschaft den jeweiligen Landesinnen- bzw. Landesjustizministerien unterstehen; und die richterliche Unabhängigkeit, die es den einzelnen Strafrichter*innen überlässt, welches Urteil sie über eine Straftat fällen.

Sind die Aktionen der Letzten Generation legitim?

Was bedeutet all das nun für die Letzte Generation? Ist ihr Ungehorsam zivil und legitim? Und wenn ja, reagiert der Staat darauf angemessen? Die Letzte Generation verstößt – nicht mit jeder Aktion, aber mit vielen – gegen das Gesetz, sie tut das öffentlich, beruft sich auf ihr Gewissen und will eine Änderung der Klimapolitik herbeiführen. Es liegen also alle von Rawls' Definitionsmerkmalen des zivilen Ungehorsams vor, nur über eines lässt sich diskutieren: die Gewalt.

Es ist eine alte juristische Streitfrage, ob die Blockade einer Straße die Anwendung von „Gewalt“ gegenüber den Blockierten ist, weil diese nicht weiterfahren können. Falls ja, wäre der Tatbestand der Nötigung (Paragraph 240 des Strafgesetzbuchs) erfüllt, wäre die Blockade also eine Straftat. Für die Frage der Qualifikation von Sitzblockaden als zivilem Ungehorsam spielt es jedoch keine Rolle, ob diese „Gewalt“ im Sinne des Nötigungsparagraphen sind oder nicht. Denn die Blockade von Fahrzeugen hat mit einem natürlichen Verständnis von „Gewalt“, das der Forderung nach der „Gewaltfreiheit“ von zivilem Ungehorsam zugrunde liegt, nichts zu tun. Dieses natürliche Verständnis setzt eine Einwirkung auf die körperliche Integrität voraus; ohne sie ist der Ungehorsam zivil.

Was uns unmittelbar zum zweiten diskussionswürdigen Punkt führt: Ist Ungehorsam schon dann zivil, wenn er keine Gewalt gegen Menschen übt oder darf auch keine Gewalt gegen Sachen gerichtet werden? Darüber besteht Streit. Wohl die meisten lehnen auch Gewalt gegen Sachen ab, andere halten diese Gewaltform unter bestimmten Voraussetzungen für legitim. Eine vermittelnde Position könnte die Beschädigung

von Sachen für legitim halten, die mit dem Protest unmittelbar zusammenhängen. Würden etwa zum „Schutz“ der deutschen Grenzen vor Geflüchteten Selbstschussanlagen aufgestellt, wäre die Beschädigung dieser Anlagen ziviler Ungehorsam.

Die Letzte Generation hat jedoch Sachen beschädigt, die in keinem Zusammenhang mit ihrem Protestziel stehen. Zum Beispiel haben einzelne Aktionen

.....

*Wenn der Staat zivilen Ungehorsam
wie jedes andere gesetzeswidrige
Verhalten behandelt, wird er dem
moralischen Wert des Ungehorsams
nicht gerecht*

.....

in Museen zu Schäden an wertvollen Bilderrahmen geführt. Nach dem hier vorgeschlagenen Maßstab sind solche Protestformen kein ziviler Ungehorsam – anders als das bloße Beschmieren von Kunstwerken, die durch Glasscheiben geschützt sind, also nicht beschädigt werden.

Hinsichtlich jener Aktionen der letzten Generation, die als ziviler Ungehorsam einzuordnen sind, stellt sich weiter die Frage nach ihrer Legitimität: Hat das Anliegen ein hinreichendes Gewicht? Ist der Protest das letzte Mittel? Und hat er irgendeine Aussicht auf Erfolg? Der Schutz des Klimas hat einen hohen Rang, moralisch sowieso, aber auch rechtlich. Artikel 20a des Grundgesetzes lautet: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere ...“. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner berühmten Entscheidung zum Klimaschutzgesetz vom 24. März 2021 (Aktenzeichen 1 BvR 2656/18) erklärt, dass Art. 20a des Grundgesetzes sowie die Pflicht zur Schonung der Freiheit künftiger Generationen den Staat zum Klimaschutz und zur Herstellung von Klimaneutralität verpflichten.

Über die zwei weiteren Kriterien für die Legitimität der Proteste der Letzten Generation lässt sich allerdings streiten. Der Letzten Generation werfen Politiker*innen aller Couleur vor, sie verhalte sich „undemokratisch“ und solle doch versuchen, sich mit ihren Anliegen in Wahlen durchzusetzen. Wenn aber eine Minderheit gar keine Aussicht hat, für ihr Anliegen je eine Parlamentsmehrheit zu gewinnen, darf man ihr nicht vorhalten, sie hätte es nicht versucht.

Es ist kein Zufall, dass homosexuelle Paare entscheidende Rechte nicht in Form von Gesetzen, sondern vor dem Bundesverfassungsgericht erstritten haben.

Die Letzte Generation verlangt besseren Klimaschutz vor allem auch mit Blick auf junge Menschen, die länger mit den Folgen heute verursachter Klimaschäden leben müssen. Junge Menschen sind aber in einer alternden Gesellschaft im Parlament stark unterrepräsentiert. Sie haben auch nicht dieselben Möglichkeiten wie ältere Menschen, auf andere Weise (Verbände, Parteispenden, Netzwerke) auf den politischen Prozess einzuwirken. Vor allem aber tut sich eine Demokratie, in der die Regierung alle vier Jahre wiedergewählt werden möchte, schwer damit, kurzfristig schmerzhaft, aber langfristig notwendige Politik zu machen. Die Letzte Generation auf den demokratischen Prozess zu verweisen, greift deshalb zu kurz.

Es bleibt die Frage, ob die Aktionen der Letzten Generation irgendeine Aussicht auf Erfolg haben. Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, wie ihr Erfolg definiert wird. Sie wird ganz sicher nicht erreichen, dass Deutschland binnen kurzer Zeit alles Erforderliche in die Wege leitet, um die Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens zu erreichen. Aber wie bei der Anti-Atom-Bewegung könnte auch die Letzte Generation trotz der gebotenen Eile in deutlich längeren Zeiträumen denken. Ein Erfolg wäre es dann schon, das Bewusstsein für die Dringlichkeit von Klimaschutz in der Bevölkerung nachhaltig verankert zu haben.

Bisweilen wird der Letzten Generation aber sogar das abgesprochen. Ihr Protest sei kontraproduktiv, heißt es aus vielen Mündern, denn Klebeaktionen brächten die Bevölkerung nur gegen den Klimaschutz auf. Es ist jedoch mindestens unklar, ob das tatsächlich stimmt. Und diese Unsicherheit geht zugunsten der Aktivist*innen.

Die gewaltfreien Aktionen der Letzten Generation sind also ziviler Ungehorsam und legitim. Sind die staatlichen Reaktionen auf den Protest es auch?

„Ungerechtigkeit an irgendeinem Ort
bedroht die Gerechtigkeit
an jedem anderen.“

Martin Luther King Jr.,
US-amerikanischer Bürgerrechtler

Geht der Staat richtig mit der Letzten Generation um?

Gegen die Proteste der Letzten Generation hat der Staat alle Register gezogen: Straßenblockaden wurden verboten und aufgelöst, Aktivist*innen von der Straße gelöst und davongetragen; manche Personen wurden für die Dauer von angekündigten Protesten festgesetzt; viele wurden in sog. Präventivgewahrsam genommen; es kam und kommt zu sehr vielen Strafurteilen, wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, wegen Nötigung, wegen Sachbeschädigung; und manche strafrechtliche Ermittlungen werden sogar von Überwachungsmaßnahmen begleitet.

Je länger die Letzte Generation sich in zivilem Ungehorsam übt, umso heftiger werden die staatlichen Reaktionen. Das mag vor dem Hintergrund der klar negativen öffentlichen Meinung und der Hartnäckigkeit der Letzten Generation logisch sein. Zwingend ist es nicht. Wie oben dargestellt, hat der Staat Spielräume. In mindestens vier Beziehungen erweisen sich die staatlichen Reaktionen auf die legitimen Aktionen der Letzten Generation als ihrerseits illegitim, weil der Staat diese Spielräume nicht zugunsten der Aktivist*innen nutzt.

Da wäre zunächst der Präventivgewahrsam, der insbesondere in Bayern, wo er länger angeordnet werden

kann als in jedem anderen Bundesland, sehr häufig und oft bis zum Maximum von einem Monat verhängt wird. Das verhindert zwar, dass die Betroffenen während des Gewahrsams den Verkehr blockieren; doch das schärfste Präventivinstrument der Polizei – den Freiheitsentzug – bis zur Höchstgrenze auszureizen, schätzt die Legitimität des zivilen Ungehorsams der Letzten Generation zu gering – und steht auch sonst außer Verhältnis zu der Belästigung durch eine Verkehrsblockade.

Ebenfalls bereits unverhältnismäßig – und damit rechtswidrig – ist oft der Einsatz von Schmerzgriffen durch die Polizei, um Sitzblockaden aufzulösen. Die Polizist*innen verwenden gezielt Schmerzen als Mittel, um Gehorsam von den Ungehorsamen zu erzwingen – selbst wenn die Einsatzsituation ein Wegtragen der Betroffenen erlaubt hätte. Unabhängig von seiner zweifelhaften Legalität ist der Einsatz von Schmerzgriffen gegenüber legitimem zivilem Ungehorsam seinerseits illegitim.

Für jene Sitzblockaden, die als Nötigung strafbar sind, verhängen die Gerichte gemeinhin niedrige Geldstrafen. Denn die Belastung, die ein Stau bedeutet, ist in aller Regel gering. Doch einzelne Strafgerichte haben mittlerweile gegenüber Aktivist*innen der Letzten Generation Freiheitsstrafen verhängt – in Einzelfällen





© picture alliance / ZUMAPRESS.com

München, 25. Mai 2023

sogar, ohne sie zur Bewährung auszusetzen. Das Amtsgericht Heilbronn begründete eine solche Entscheidung damit, dass die Angeklagten nichts anderes beeindrucken würde (Urteil vom 6. März 2023 – Aktenzeichen 26 Ds 16 Js 4813/23). Diese Urteile sind durchaus legal, tragen aber wiederum der Legitimität des Protests der Letzten Generation nicht genügend Rechnung.

Besonders hervorzuheben ist schließlich, dass einzelne Staatsanwaltschaften, insbesondere die Generalstaatsanwaltschaft München, die Letzte Generation inzwischen der Bildung einer kriminellen Vereinigung im Sinne des Paragraphen 129 Strafgesetzbuch verdächtigen. Der Zweck der Organisation sei auf die Begehung von erheblichen Straftaten gerichtet, behaupten sie. Die Einstufung als kriminelle Vereinigung hat weitreichende Konsequenzen, weil damit Unterstützungshandlungen – Spenden zum Beispiel – ihrerseits strafbar sein können und weil die Polizei auf diese Weise Hausdurchsuchungen und tiefgreifende Überwachungsmaßnahmen durchführen kann. Sogar das Pressetelefon der Letzten Generation hat die Polizei auf dieser Grundlage abgehört, sodass auch Journalist*innen betroffen waren. Die Generalstaatsanwaltschaft München hätte bei Paragraph 129 Strafgesetzbuch allerdings Spielraum gehabt, die Letzte Generation nicht als kriminelle Vereinigung einzustufen – zu diesem Ergebnis kamen zum Beispiel ihre Berliner Kolleg*innen.

© Bernhard Leitner, Gesellschaft für Freiheitsrechte e.V.



Bijan Moini ist Jurist bei der Gesellschaft für Freiheitsrechte und Autor. Zuletzt erschien von ihm *Unser gutes Recht* (Hoffmann und Campe 2021).

Fazit

Der Umgang mit dem zivilen Ungehorsam der Letzten Generation ist eine Herausforderung für unseren Rechtsstaat. Leider scheitert er zunehmend an ihr. Soweit der Protest legitim ist, darf sich der Staat nämlich nicht darauf beschränken, sein übliches Präventions- und Strafprogramm abzuspielen. Das wird dem Anliegen und der gewählten Form der Aktionen nicht gerecht. Eine angemessene Zurückhaltung gegenüber legitimem Protest ist kein Zeichen von Schwäche, im Gegenteil: Es stärkt den Rechtsstaat, weil es die Chance zur Integration der Abweichler*innen aufrechterhält, statt sie von dem System, das sie im Grunde respektieren, zu entfremden.

LITERATUR

Habermas, Jürgen 1983: *Ziviler Ungehorsam – Testfall für den demokratischen Rechtsstaat*. In: Glotz, Peter (Hg.): *Ziviler Ungehorsam im Rechtsstaat*. Frankfurt/M., S. 29–53.

Rawls, John 1971: zit. n.d. deutschen Ausgabe, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt/M. 1975.

WEITERFÜHRENDE LESE TIPPS

Zur Einführung in die Entwicklung des Gewaltbegriffs in der Rechtsprechung ein sehr guter Wikipedia-Artikel: <https://t1p.de/fkmnz> [letzter Abruf: 15.10.2023].

Der Verfassungsblog hat eine ganze Reihe an Beiträgen zur juristischen Einordnung der Proteste der Letzten Generation in einem lesenswerten Band zusammengeführt, der sich hier abrufen lässt: <https://t1p.de/n85ho> [15.10.2023].

Zu den Stationen der „Ehe für alle“ in Deutschland Anna Katharina Mangolds prägnante Darstellung für die Bundeszentrale für politische Bildung: <https://t1p.de/2ubg6> [15.10.2023].

Dieser Beitrag ist digital auffindbar unter:
DOI <https://doi.org/10.46499/2195.2925>